

EDITORIAL



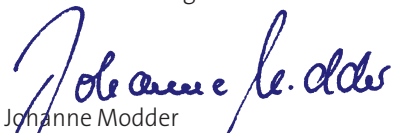
LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Mit der Verabschiedung des Bildungschancengesetzes haben wir im Juni eines unserer wichtigsten Gesetzesvorhaben in dieser Legislaturperiode abgeschlossen und damit ein zentrales Wahlkampfversprechen umgesetzt.

Gekämpft und gestritten haben wir für die Abschaffung der Schullaufbahneempfehlung in den Grundschulen sowie des »Turbo-Abiturs«, die Stärkung der Ganztagschule und die Gleichstellung der Gesamtschulen nicht erst seit der letzten Landtagswahl. Denn im Kern geht es uns mit dem Gesetz darum, die Grundlagen dafür zu schaffen, dass möglichst alle Kinder gute Chancen auf mehr und bessere Bildung haben. Kein Kind zurückzulassen und Chancengerechtigkeit zu schaffen, das ist ein Ur-Anliegen sozialdemokratischer Politik. Mit den Veränderungen im neuen Schulgesetz sind wir diesem Ziel wieder ein Stück näher gekommen.

Begleitet wurde die Entstehung des Gesetzes von einem umfangreichen Dialogprozess. Vielleicht das umfangreichste Beteiligungsverfahren, das es je zu einem Gesetz gab. Wir sind mit vielen Betroffenen ins Gespräch gekommen und haben viele Argumente gehört. Zusätzlich sind wir als Fraktion auf mehr als 100 Veranstaltungen unter dem Titel »Bildung. Zukunft. Niedersachsen« im Land mit vielen hundert Bürgerinnen und Bürgern in den Dialog getreten.

Allen Beteiligten an diesem Prozess gilt unser herzlicher Dank! Wir haben gemeinsam etwas Gutes geschaffen!


Johanne Modder
Vorsitzende der SPD-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag

NEUES SCHULGESETZ BESCHLOSSEN

BILDUNGSCHANCENGESETZ SPD-Fraktion löst weiteres Wahlversprechen ein.

Von Lars Wegener

Am Mittwoch, den 3. Juni 2015, hat der Niedersächsische Landtag das »Bildungschancengesetz« auf den Weg gebracht. Nach einer marathonähnlichen Abstimmung mit über 40 Einzelabstimmungen zeigten sich die Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion sichtlich zufrieden. Mit dem Beschluss des Schulgesetzes sind zentrale Forderungen der SPD des letzten Wahlkampfs umgesetzt worden.

»Mit dem Gesetz sorgen wir für zahlreiche Verbesserungen im Interesse unserer Kinder«, erklärte die Vorsitzende der SPD-Fraktion, Johanne Modder, in ihrer Rede. Und auch für Lehrerinnen und Lehrer, die Eltern sowie die Schulträger verbessere sich allerhand.

Mit dem neuen Gesetz wird der rechtliche Rahmen geschaffen, um die Ganztagschule zu stärken. Mit der Änderung von § 23 NSchG wird der zunehmenden Nachfrage nach einer gebundenen Ganztagschule Rechnung getragen. Ganztagschulen zu fördern sei »das Herzstück unserer Bildungspolitik«, erklärte Kultusministerin Frauke Heiligenstadt.

Als weiteren wichtigen Punkt bezeichnete der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Stefan Politze, die Abschaffung des Turbo-Abi. »Durch den Beschluss zu G9 stärken wir die Gymnasien«, versicherte Politze. Insbesondere die Rückkehr zum Abitur nach 13 Jahren sei in dem Dialogprozess des letzten Jahres auf sehr breite Zustimmung gestoßen. Mit dem neuen Schulgesetz werden in Zukunft auch die Klassen an Gymnasien kleiner. Zeitgleich verankern die Regierungsfractionen Gesamtschulen als »ersetzende Schulform«. Das bedeutet faktisch eine Gleichberechtigung mit Gymnasien, Haupt-, Real- und Oberschulen. »Das ist nicht die herbeigeredete Einschränkung der Gymnasien, sondern die Beseitigung einer Diskriminierung von Gesamtschulen«, so Politze.

»Bereits seit Jahren wählen die Eltern sehr verantwortungsbewusst die Schul-

form an, die sie für ihr Kind am geeignetsten halten«, erläuterte Heiligenstadt in ihrer Rede, die von langem Applaus der rot-grünen Fraktionen begleitet wurde. In Zukunft fällt die Schullaufbahneempfehlung an Grundschulen weg und wird durch individuelle Beratungsgespräche ersetzt. »Der Wunsch der Eltern ist zukünftig ausschlaggebend für den Besuch der weiterführenden Schule«, so die Ministerin.

Besonders lebhaft wurde es im Landtag, als die Opposition wieder mit Behauptungen zum Thema Inklusion in der Debatte arbeitete. Die Methode der Opposition war so einfach wie einfältig, indem suggeriert wurde, dass SPD und Grüne Inklusion in der Bildung mit allen Mitteln durchboxen wollten. Dabei ist das Gegenteil richtig. Nur die »Förderschulen Lernen« laufen aus. Darüber hinaus bleiben die jetzigen Förderschulen erhalten.

Im Vorfeld der Verabschiedung des Gesetzes hatten die SPD-Landtagsabgeordneten in ganz Niedersachsen 120 Veranstaltungen durchgeführt. Außerdem gab es ein umfangreiches Anhörungsverfahren im Landtag. Auf ganz besonderes Interesse sei das Thema Inklusion gestoßen. »Wir haben verstanden, dass es mehr Zeit braucht für die Entwicklung der Inklusion«, so Politze. Deshalb sei es richtig gewesen, dass Ministerin Heiligenstadt auf die Anregungen der entsprechenden Fachverbände reagiert hat. Politze sagte im Rahmen seiner Rede, die SPD-Fraktion werde gemeinsam mit den in der Inklusion tätigen Akteuren einen Stufenplan entwickeln, der die Inklusion begleiten solle. »Wir pflegen tatsächlich einen anderen Politikstil als die Union«, erklärte Politze.

Ganz besonders freuten sich Modder und Politze über die Gäste, die sich an diesem Tag bei der SPD-Fraktion angemeldet hatten: GEW, Landeselternrat, Landesschülerrat und sogar der Schulleitungsverband Niedersachsens begrüßten das Gesetz und folgten der Debatte im Landtag auf Einladung der SPD-Landtagsfraktion. ■



Zurück zum Abitur nach 13 Jahren: Stefan Politze, Johanne Modder (oben) und Frauke Heiligenstadt lassen einhundert rote Luftballons steigen.

DER MARKTWÄCHTER SORGT FÜR FAIRE PREISE

ENERGIEKOSTEN SPD-Verbraucherschutzexperte Ronald Schminke MdL erklärt die Vorteile – »Wir haben endlich ein neues Instrument für den Verbraucherschutz«

Von Frank Jungbluth



Ronald Schminke MdL, Sprecher für Verbraucherschutz der SPD-Landtagsfraktion.

Die Regierungskoalition hat beschlossen, dass der Marktwächter Energie die Rechte der Verbraucher in Niedersachsen stärken soll. Im Gespräch mit dem Sprecher für Verbraucherschutz, MdL Ronald Schminke, wird deutlich, warum das Land die Energiekonzerne besser kontrollieren muss.

TiL: Der Marktwächter Energie für Niedersachsen ist beschlossen. Was ändert sich konkret für die Kunden?

Ronald Schminke: Wenn man betrachtet, wie undurchsichtig das Geschäftsgebaren und vor allem die Preisgestaltung beim Angebot für Energie ist, wird schnell deutlich, warum SPD und Grüne hier Handlungsbedarf gesehen haben. Die Kunden brauchen einen fairen Wettbewerb und transparente Preise. Deshalb ist das Thema Marktwächter auch Gegenstand der Koalitionsvereinbarung zwischen Rot und Grün. Wir haben erkannt, dass Verbraucherschutz in den Verbraucherzentralen anfängt und wir ein zusätzliches starkes Instrument mit politischem Gewicht brauchen, um die Verbraucherinnen und Verbraucher effektiv vor dubiosen Anbietern zu schützen.

TiL: Zum Beispiel?

Schminke: Derzeit gibt es derer viele. Das eine Beispiel erleben die Verbraucher als Autofahrer jeden Tag an der Tankstelle. Der Preis für ein Fass Rohöl hat sich am Weltmarkt seit einem Jahr beinahe halbiert, von 115 Dollar auf aktuell circa 63 Dollar. Der Benzinpreis in Niedersachsen ist seitdem aber nur um zehn Prozent gesunken. Das heißt konkret: Der Ölpreis,

der immer das Argument für hohe Benzin-, Heizöl- und Gaspreise ist, hat um 50 Prozent eingebüßt, bei den Verbrauchern kommen aber nur zehn Prozent an. Der Marktwächter fragt also: Was ist aus den anderen 40 Prozent geworden?

TiL: Wie profitieren Verbraucher in Niedersachsen noch vom Marktwächter Energie?

Schminke: Wie eben beschrieben, ist der Unterschied zur klassischen Beratung bei der Verbraucherzentrale, dass der Marktwächter politisches Gewicht hat. Die Verbraucherzentrale Niedersachsen leistet wertvolle Arbeit, deshalb wird der Marktwächter auch dort installiert und in die bewährte Struktur eingebunden. Die Kernkompetenz der Verbraucherzentrale ist die Beratung in Einzelfällen. Der Kunde selbst, der sich bei den Energiepreisen und dem damit verbundenen Tarifdschungel kaum mehr auskennt, schildert seinen Fall, wird beraten, man kümmert sich um die individuelle Hilfe. Der Marktwächter ist im positiven Sinne ein Lobbyist. Er ist der Lobbyist der Verbraucher, die leider viel zu oft zu hohe Preise bezahlen, denn die sind mit der Liberalisierung der Märkte nicht besser geworden. Für die Versorger ja, für die Kunden aber nicht.

TiL: Was sind die vorrangigen Aufgaben des Marktwächters Energie in Niedersachsen?

Schminke: Er soll sich vor allem dafür engagieren, dass es einen wirklichen Wettbewerb und damit auch marktgerechte Preise gibt. Es gibt circa 12500 Strom- und 8000 Gastarife in Nieder-

sachsen. Ich habe den Eindruck, dass die Vielfalt gezielt verwirren soll. Wer kann das noch verstehen, also bleiben leider die meisten Kunden bei ihren langjährigen Strom- oder Gasversorgern – und bezahlen viel zu viel.

TiL: Welche Fehler gibt es noch im System der Energiepreise?

Schminke: Wir waren eben beim Preis für das Rohöl auf dem Weltmarkt. Früher hieß es immer: Wenn der Preis für ein Fass Öl steigt, wird auch Gas entsprechend teurer, weil die Preise sozusagen voneinander abhängig sind. Als jetzt das Öl einen Preissturz erlebte, galt dieses Argument plötzlich nicht mehr. Gas wird für die vielen Kunden mit Gasheizung einfach nicht billiger. Da sage ich: Da stimmt doch was nicht und da ist ein Fehler im System, den wir mit dem Marktwächter bekämpfen und abstellen wollen. Deshalb haben wir uns als Sozialdemokraten intensiv für die Einrichtung des Marktwächters engagiert. Ich bin sicher, dass die positive Wirkung dieser neuen Institution für den Verbraucherschutz nicht lange auf sich warten lassen wird. ■

Impressum

Herausgeber: SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Verantwortlich: Lars Wegener, Geschäftsführer der SPD-Fraktion Niedersachsen

Mitarbeiter an dieser Ausgabe: Martin Grund, Frank Jungbluth, Nelly Schmitt, Lars Wegener, Sebastian Zinke

Bildnachweis: SPD-Fraktion

Redaktionsschluss: 11. Juni 2015

Redaktion: Frank Jungbluth, frank.jungbluth@LT.niedersachsen.de

Anschrift:

Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

www.spd-fraktion-niedersachsen.de

Layout & Satz: Anette Gilke
mail@AnetteGilke.de

FRAKTIONSVORSTAND BESTÄTIGT



Am 2. Juni hat die SPD-Landtagsfraktion ihre Vorsitzende Johanne Modder bestätigt: »Ich freue mich über das Ergebnis. Für mich ist es eine Ehre und eine Auszeichnung, Vorsitzende dieser Fraktion sein zu dürfen. Wir sind ein tolles Team und arbeiten weiterhin gemeinsam leidenschaft-

lich für die Zukunft unseres Landes«, so Modder. »Fraktion, Regierungskoalition und Rot-Grüne Landesregierung werden den erfolgreichen Weg auch in der zweiten Hälfte der Legislatur weitergehen und das Beste für unser Land und die Menschen in Niedersachsen erreichen.«

Ebenfalls bestätigt wurde Grant Hendrik Tonne als Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion. Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende bleiben weiterhin im Amt: Renate Geuter, Petra Tiemann, Marcus Bosse und Uwe Schwarz. Als Mitglieder des Fraktionsvorstandes wurden ferner bestätigt: Petra Emmerich-Kopatsch, Dr. Silke Lesemann, Andrea Schröder-Ehlers, Stefan Politze, Wiard Siebels, Ulrich Watermann und Gerd Will. ■

ZUKUNFTSFORUM



Ministerpräsident Stephan Weil, Fraktionsvorsitzende im Niedersächsischen Landtag Johanne Modder MdL und der Fraktionsvorsitzende im Bundestag Thomas Oppermann MdB.

Fachkräftesicherung, kleine und mittlere Unternehmen sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – das waren einige der Themen, die beim »Zukunftsforum Wirtschaft und Arbeit – Perspektiven für Deutschland und Niedersachsen« im hannoverschen Designhotel Wienecke XI. Anfang Juni diskutiert wurden. Zur gemeinsamen Veranstaltung der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion und der SPD-Bundestagsfraktion kamen rund 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Mehr Infos unter
www.spd-fraktion-niedersachsen.de. ■